

**Bezugspreis:**  
Monatlich 4.10 M durch unsere Zeitungsverkäufer und Agenten frei ins Haus gestellt; bei der Post abgeholt monatlich 4.15 M.  
Vierteljährlich 12.45 M; durch den Briefträger zugestellt monatlich 4.35 M, vierteljährlich 12.90 M.  
**Frei-Beilagen:**  
Sommer- und Winterabreissplan.  
Hessischer Landwirth.  
**Erscheint täglich**  
außer an Sonn- und Feiertagen.

# Maffauer Botte

Verantwortlich: Dr. Sieber. Kollationsdruck u. Verlag der Limburger Vereinsdruckerei, G. m. b. H.; J. Sieber, Director, alle in Limburg.

**Anzeigenpreis:**  
Die achtspaltige Zeile oder deren Raum 70 Pfg. Bei Stängelungen und Eichen-angeboten ist die vierte Zeile umsonst.  
Kleinanzeigen 1.80 M die Zeile.  
**Anzeigenannahme:**  
Für die Tagesausgabe bis 5 Uhr am Vorabend.  
Nachtrag nur bei Wiederholungen und pünktlicher Bezahlung.  
**Geschäftsstelle:** Dierkestraße 17  
Telephon: Anschlag Nr. 8.  
Postfach 12 82 Frankfurt.

## Neues vom Tage.

Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände eröffnete am 27. November im Herrenhause zu Berlin seinen ersten Kongress.  
Die schwedische Regierung hat dem Völkerverbund mitgeteilt, daß sie Truppen zur Abwehr von Angriffen in Finnland entsenden werde.  
Londoner Meldungen zufolge, ist es in New-York zu irischen Kundgebungen gegen England gekommen, an denen sich 5000 Personen beteiligten.  
Das Reichsamt des Reichs meldet, daß die vor wenigen Tagen gebildete portugiesische Regierung wieder zurückgetreten ist.  
Durch die Explosion in Vergiate (Prov. Mailand) wurden mehrere Dörfer dem Erdboden gleichgemacht. Es handelte sich um die Entladung von großen Fliegerbomben. Die Explosion kamte in einem Umkreis von 50 Kilom. wahrgenommen werden. 5 Soldaten, die bei den Rettungsarbeiten beteiligt waren, wurden getötet. Im Ganzen soll es 20 Tote gegeben haben.  
Der niederländischen Regierung wurde, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung hört, seitens der deutschen Regierung mitgeteilt, daß sie bereit sei, das Kredit- und Kohlenabkommen vom 11. Mai nunmehr zu ratifizieren.  
Wilson hat dem Staatsdepartement für Aussenwachen das Gesetz des Völkerrechts um Anerkennung der Unabhängigkeit Irlands anerkennen lassen. Nach der Times soll das Staatsdepartement nicht ohne Irland anerkennen.  
Ueber die Ermordungen in den Ostpreussischen haben die Schüsse angedeutet. Zwei Dörfer sind abgebrannt, zahlreiche Uferbewohner bedroht.

## × Vom Lehrerbefolgungsgesetz in Preußen.

Das Lehrer-Befolgungsgesetz ist in der ersten Kommissionsberatung fertig gestellt. Im Laufe der nächsten Woche soll die Kommission nochmals die ganze Materie erörtern, worauf die Vollversammlung der Landesversammlung das letzte Wort zu sprechen haben wird.  
Bislang ist die Befolgungsfrage der Volksschullehrer in Preußen dahin entschieden, daß:  
1. die Lehrer grundsätzlich in Gruppe 7 des Staatsbeamten,  
2. die Lehrer in qualifizierten Stellen in Gruppe 8 und  
3. die Leiter von größeren Systemen in Gruppe 9 stehen,  
wobei in der Gruppe 8 noch nach dem Dienstalter eine beträchtliche Zahl der Volksschullehrer eingeordnet wird mit der Mahnung, daß die Gruppe 8 nicht mehr als die Hälfte der Lehrer in Gruppe 7 umfassen darf.  
Die Finanzierung der persönlichen Ausgaben für die Volksschullehrer wird durch eine zu gründende Landeskasse sichergestellt. Die Gemeinden zahlen ein Viertel, der Staat zahlt drei Viertel der Gesamtpersonalkosten, und zwar zusätzlich: 15. 9. 1920 schon eingerichteten Klassen mit mindestens 40 Schülern, und in eine weitere Summe, die als Schulungsgeld, als eine Art Kopfgeld, für jedes einzelne Kind herangezogen wird. Dies Schulungsgeld wird nicht auf die Kosten der Klassen, die über die Zahl 6 hinaus in einer Schulklasse aufgenommen sind. Das hierdurch Erzielte wird für Stellen nach neuem Schulsystem mit weniger als 60 und mehr als 40 Schülern verwendet. Die Mehrausgaben für etwaige Schulstellen mit weniger als 40 Schülern werden die betreffenden Gemeinden selbst zu leisten. Die Gesamtausgaben für rund 120.000 preussische Volksschullehrer werden auf mehr als 2 Milliarden Mark betragen.

Am dieses Befolgungsgesetz hat die Regierung einen mit der Befolgung eigentlich nicht zusammenhängenden Paragraphen hineingeschoben, der die stärksten Widerspruch in der Reichsversammlung findet. Minister Dörmann u. die preussische Regierung wollen, entgegen dem Geiste der Reichsverfassung, das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden an die Reichsregierung übertragen, was die Reichsversammlung ablehnen wird. Die Reichsregierung will, daß die Volksschullehrer den Gehältern der Gemeindeglieder und der Eltern entsprechen, um sie so gut wie möglich der Staatsregierung anzuschließen. Alle Gemeinden mit weniger als 80 Schülern — also die gesamte ländliche Bevölkerung — sollen jeder Einwohner auf die Anstellung ihrer Lehrer und Lehrerinnen radikal beraubt werden. Auch für alle ländlichen Gemeinden hat die sozialistische Reichsregierung das Recht neben, sämtliche Befolgungen von Lehrern, ausnahmslos, ohne jegliche Ausnahme zu vollziehen. Nur bei den verhältnismäßig wenigen Neu-Anstellungen von Lehrern sollen die großen Gemeinden mit mehr als 25 Schülern — das sind die mehr oder weniger stark sozialdemokratisch durchsetzten Städte — eine Ausnahme dürfen; in den Gemeinden mit 8 bis 25 Schülern soll es für die wenig geringe Zahl der ersten Anstellungen bei dem bisherigen Verfahren verbleiben. Tatsächlich würde damit die Selbstverwaltung der Gemeinden in Bezug auf die Lehrerbefolgung auf fast null herabgemindert; durch das Verbot der Reichsregierung kann eine radikal gerichtete Regierung der Reichsregierung einen Lehrer schickt, der sich weigert, den Reichsamt-Unterricht zu erteilen; oder die Regierung

schickt in eine Gemeinde eine Lehrerin, die nach unserer Auffassung moralisch nicht intakt ist. Als in der Kommission bei § 23 die Kinderbeihilfe beraten wurde und diese Beihilfen auch für uneheliche Kinder von Lehrpersonen seitens der Regierung gefordert wurden, machten die Zentrumsgesandten geltend, daß ein Lehrer, und namentlich eine Lehrerin, die in diesem Punkte sich verhalte, ihre erzieherische Aufgabe an den Schülern in ihrer Dienstgemeinschaft nicht mehr erfüllen könne, worauf die Regierung erwiderte, dann könne man ja eine solche Lehrperson versetzen, d. h. aber nichts anderes, als solche Lehrpersonen kurzweg in andere Gemeinden hinüberschieben. Mit viel Wärme nahm die preussische Regierung sich gerade solcher Lehrer und Lehrerinnen an; sie suchte namentlich darzutun, wie völlig harmlos (!) viele solcher Fälle liegen könnten.

Unter diesen Umständen hat der an den liberalen sittlichen Auffassungen festhaltende Volksteil alle Ursache, mit unbearbeiteter Mißtrauen dieser Gesetzesvorlage gegenüberzutreten. In den Händen einer sozialistisch-liberalen Regierung wird ein solches Gesetz zum schlimmsten Instrument werden, womit trotz Reichsverfassung der Kampf gegen den christlichen Geist in unserer Volksschule erfolgreich durchgeführt werden kann, und dies auch trotz äußerlich christlichen Charakters der Volksschule.

## Deutschland und Nordamerika.

Der Friedensschluß bevorstehend.  
Basel, 28. Nov. Schweizerische Blätter melden aus Washington, daß die entscheidende Sitzung des amerikanischen Kongresses, in welcher der Senator Knox die Resolution einbringen wird, einen sofortigen Frieden mit Deutschland zu schließen, am 6. Dezember stattfinden wird.  
Das amerikanische Hilfswerk für Europa.  
New-York, 28. Nov. Das deutsche Rentalkomitee arbeitet mit dem Ausserkomitee zusammen, jedoch das gesamte Hilfswerk einheitlich ist zur Aufbringung von 23 Millionen Dollars für die Notleidenden in Mittel- und Osteuropa, davon acht Millionen (eins eine halbe Milliarde Mark) für die deutschen Kinder.

## Hardings amerikanische Politik.

Haag, 28. Nov. Der „Nieuwe Courant“ meldet aus New-York: Harding erklärte in einer in Panama gehaltenen Rede, seine Politik habe ein Zusammenwirken von Nord-, Mittel- u. Südamerika zum Ziele.

## Kein neues Spa!

Berlin, 28. Nov. Der Reichstagsklubverband und der große Ausschuss des Reichstags haben in ihrer gemeinsamen Sitzung zu der Erfüllung des Kohlenabkommens von Spa Stellung genommen, wobei die Erbschaft der gesamten deutschen Wirtschaft entsprechend gewürdigt wurde. Allgemein wurde zum Ausdruck gebracht, daß das jetzt laufende Abkommen erfüllt werden müsse, aber nachdrücklich wurde mit derselben Einmütigkeit verlangt, daß bei zukünftigen Vereinbarungen mit der Entente sich die Reichsregierung auf eine so hohe Liefersicherheit nicht mehr einläßt, denn sie würde unvereinbar mit dem deutschen Wirtschaftsleben sein und es schließlich zum Erliegen bringen.

## Der Vertrag von Rapallo.

Rom, 28. Nov. Die italienischen Kammer nahm den Vertrag von Rapallo mit 273 gegen 14 nationalitalienische Stimmen an. Die Mehrheit übersteigt alle Erwartungen. Die Sozialisten enthielten sich, wie Treves erklärte, trotz der Billigung dieses wesentlichen Abkommens aus grundsätzlichen Protesten gegen das ganze Friedensvertragswerk der Entente.

## Der neue Kurs in Griechenland.

Paris, 28. Nov. Nach einer Sondermeldung aus Athen sind bis jetzt acht Generale und 1211 Offiziere, die Benizelos aus dem Exil entlassen hat, weil sie deutscher Sympathie verdächtig waren, wieder in ihre Stellungen eingesetzt worden. Das gleiche gilt für zahlreiche Beamte u. Priester. Nach der gleichen Meldung soll Baron Schenk von Schweinsberg zum Chef des Reichsboten ernannt worden sein. Am Sonntag sollen zu Ehren des hier angekommenen Prinzen Nikolaus große Kundgebungen stattfinden.

## Vom Völkerverbund.

Genf, 26. Nov. Die Vollversammlung des Völkerverbundes hat bis auf weiteres unterbrochen. Man will die Kommissionsarbeiten weitergeben lassen und erwartet, daß dann die Vollversammlung hintereinander stattfinden werden. Man hofft, daß dann die Berichte der Kommissionen vorgebracht und beraten werden.  
Lond., 26. Nov. Lord George erklärte in einer gestern gehaltenen Rede über den Völkerverbund, es sei besser alle früheren

feindlichen Staaten so rasch wie möglich in den Völkerverbund aufzunehmen, denn wenn dieser nicht alle Mächte umfasse, könnte sich eine Gegenliga bilden, so daß man zum früheren Stande der Allianzen zurückkomme. Deutschland würde weniger gefährdet sein, wenn es Mitglied des Völkerverbundes sei.

Berlin, 26. Nov. Das „V.L.“ meldet aus Genf: In der nächsten Sitzung der Völkerverbundversammlung am Dienstag beabsichtigt der Vertreter Italiens, eine offene Aussprache über den deutschen Kolonialprotest zu beantragen.

## Neue Zahlen von der Entwaffnung.

Nach Mitteilungen des Reichskommissars für Entwaffnung ist das Ergebnis des ersten Teiles der Entwaffnungsfaktion folgendes: Freiwillig abgeliefert, angekauft, beschlagnahmt u. von Organisationen und Fabriken angeworben wurden: 825 Gewehre, Minenwerfer und Mörser, 17 537 Maschinengewehre, 1678 Maschinengewehre, 2 103 441 Gewehre und Karabiner, 76 816 Revolver und Pistolen, 83 841 Handgranaten, 3456 Geschütze, 24572 Maschinengewehre, 296892 Gewehre u. 45 781 151 Stück Handfeuerwaffenmunition. Die Einziehung der Maschinengewehre (8404 Stück) und Gewehre (801 633 Stück) von den Organisationen und Fabriken ist im Gange. Durchsuchungen und Untersuchungen werden nunmehr überall dort stattfinden, wo das Ablieferungsresultat ungünstig ist.

## Das Elend der deutschen Kinder.

Berlin, 29. Nov. Vor Vertretern der Presse gab Geheimrat Kroll ein Bild über das Elend der deutschen Kinder. Durch die Hungerkatastrophe hat Deutschland 800 000 Menschen verloren und hatte außerdem einen Verlust an Geburten von 4 Millionen. Seit Kriegsende hat sich der allgemeine Ernährungszustand wenig gebessert. Geradezu erschütternd ist es bei den Kindern, wo die Verhältnisse bei der Kindern vom 2. bis 6. Lebensjahre u. bei den Schulkindern geradezu katastrophal sind. Besonders vier Krankheiten traten in erschreckendem Maße auf: Anämie (Blutarmut), Stomatitis, Tuberkulose und Rachitis, wobei sich der Mangel an Milch besonders unheimlich bemerkbar macht. (Daraus gerade fordern die Franzosen jetzt auch noch die Ablieferung von weiteren 800 000 Milchkühen, um die Verelendung der deutschen Jugend noch größer zu machen. (Kritik des Referenten.) Besonders die Tuberkulose wirkt in grässlicher Weise. Sollte Deutschland 1913 eine Sterblichkeit von 13 auf 10 000 an Tuberkulose gehabt haben, so hat die Sterblichkeit jetzt erschreckend zugenommen und betrug 1919 23 auf 10 000. Sie wird auch in diesem Jahre nicht geringer sein. Besonders traurig ist die allgemeine Durchseuchung mit Tuberkulose, wobei die schlechtesten Wohnungsverhältnisse entscheidend mitwirken. Neuerdings kommt bei den Kindern besonders Rachitis hinzu. Man beobachtet Knochenverwachsungen und Knochenbrüche bei Kindern bis zum 18. Lebensjahre. Im Wachstum sind Tausende von Kindern zurückgeblieben. Die Blutarmut hat auch zur Folge, daß die geistige Belastung der Kinder zum Teil schwer gestört hat.

## Oberschleiens Autonomie.

## Freundliche Kundgebungen.

W. Benthien, 26. Nov. Die Meldung von der Aufnahme des Autonomiegesetzes wurde allgemein in Oberschlesien durch Entzückung verbreitet. Die deutschen ober-schlesischen Morgenzeitungen äußern heute übereinstimmend ihre Freude über die Annahme des Gesetzes und sehen in dem Gesetz das wichtigste Mittel zum Siege in der bevorstehenden Abstimmung. Die „Volkstimme“ schreibt, daß dieses Ergebnis ein Wendepunkt in der Geschichte Oberschlesiens sei. Welche Fülle von Macht und neuen Rechten das ober-schlesische Volk erhalten werde es erst in ruhigen Zeiten empfinden. Die deutsch-nationalen „Oberschlesische Morgenzeitung“ schreibt: Dieser Schritt zur Lösung Oberschlesiens von Preußen ist Preußen schwer gefallen. Wir sind der festen Überzeugung, daß das Deutsche Reich in Oberschlesien in dem bevorstehenden Abstimmungskampf siegreich aus der Wahlurne hervorgehen wird.

Kattowitz, 28. Nov. (Wolff.) Der deutsche Reichskommissar Dr. Urbanek hat an die internationalisierte Kommission in Opatowitz den Antrag gerichtet, den polnischen Abstimmungskommissar Korfanty aus dem Abstimmungsgebiet auszuscheiden. Urbanek begründet seinen Antrag mit der aufreißenden Rede, die Korfanty am 23. November im Hotel Polinski in Kattowitz gehalten hat.

## Walachowitsch auf der Flucht.

Moskau, 26. Nov. Nördlich des Moskauer überritten die von den Sowjettruppen verfolgte Oberste der Armee Walachowitsch den Fluß Iwa und flohen in westlicher Richtung. In den Kämpfen gegen Petljura machten die Sowjettruppen 12 000 Gefangene und erbeuteten 20 Panzerwagen, 25 Geschütze und 60 Maschinengewehre.

## Die „Freiheit“ der russischen Arbeiter in Sowjet-Russland.

Amsterdam, 29. Nov. Telegraph berichtet aus London: Thomas verlas in der gestrigen Sitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ein Schreiben der russischen Gewerkschaftsämter über die Lage der russischen Arbeiter in Sowjet-Russland. Die Führer der russischen Gewerkschaften würden von der Sowjetregierung strenge verfolgt viele erschossen und zahlreiche ins Gefängnis geworfen.

## Minister Stegerwald über Wohnungsnot und Volksgeundheit.

Genfbesitzer und Mieter. — Die Not unserer Kinder.  
In der Preussischen Landesversammlung erklärte am Sonntag zur zweiten Hausbesitzerberatung des Völkerverbundes Minister Stegerwald, daß die Wohnungsnot nur durch starke Förderung der Bau-tätigkeit gemildert werden könne.

Die Baukosten seien gewaltig gestiegen und weitere Baukostenzuschüsse werden bereitgestellt werden müssen. Die Ausführgesellschaften für das Heimstättenwesen würden von den beteiligten Kreisen beraten, konnten aber noch nicht fertiggestellt werden. Vorläufige praktische Erfolge habe der Bauverband gehabt, der bisher 3000 Wohnungen zur Unterbringung von Bergarbeitern befristet habe. Die provisorischen Wohnungsbauvereine seien von vier auf vierzehn gewachsen. Sie sorgten für die Beschaffung von Geld und für die Verteilung der Bauplätze. 20 Millionen Mark seien für sie schon festgelegt und weitere Mittel sollten angesetzt werden. Auch die provisorischen Wohnungsbauvereine würden mit Zuschüssen bedacht. Die Notlage der Hausbesitzer ist allgemein. Sie besteht auch in Ländern ohne Hochmietenverordnung. Das Mietverbot wird in einigen Monaten vom Reichstag verabschiedet werden und dann die preussische Höchstmietenverordnung in Kraft treten. Es ist nicht richtig, daß nur 20 v. H. der Häuser erhöht werden können. Die Verordnung ist lediglich vorläufig, daß die Gemeinden das Recht haben, im Rahmen von 15 bis 20 v. H. selbständige Beschränkungen zu setzen, doch sie aber unter 15 und über 20 v. H. nur im Einvernehmen mit der kommunalaufsichtlichen Behörde beschließen können. In einer Reihe von Städten sind demgemäß bereits Beschränkungen von 20–40 v. H. eingeführt worden. (Rechtschloß, Berlin.) Die Mietminderungsverordnung verfolgt den Zweck, den Hausbesitzer nicht in das Gebiet der Spekulation zu versetzen, sondern es ihm zu ermöglichen, den Hausbesitzer zu lassen; es darf nicht dem Hausbesitzer und den Grundbesitzern, die zu drei Vierteln an dem Grundbesitz interessiert sind, die Möglichkeit einer massenhaften Verdrängung auf Kosten der Allgemeinheit gegeben werden. Grundätzlich müßte sich das Ministerium in die Tätigkeit der unteren Instanzen nicht einmischen. Gleichwohl werde ich seit einem Jahre in den Hausbesitzervereinen aufs Schierste angegriffen. Man hat mir einige hundert Briefe ins Haus geschickt, in denen von der „Mietminderungsverordnung“ die Rede ist. In einem dieser Briefe heißt es: „Wenn Du sie nicht hast, aufhebe!“

Wie Du siehst, über den Haufen geschossen!  
In der vorigen Woche ist in einem Hausbesitzerverein verhandelt worden, es werde ein Antrag gestellt werden, um mich umzustimmen zu machen; auch soll die Wohnung eines Mannes, der einen sehr hohen Gehalt bezog, herabgesetzt und großzügig zu betreiben. Wenn solche Kampfschritte in politischen Leben allgemein geübt werden, findet sich schließlich kein anständiger Mensch mehr, um einen solchen Posten zu bekleiden. (Rechtschloß, Berlin.)

Der Minister gibt hierauf eine Uebersicht über den Stand der Dinge auf dem Gebiet der Volksgesundheit: Die Geburtenzahl hat eine Steigerung erfahren, die Sterblichkeit eine nicht unbeträchtliche Abnahme. Der Gesundheitszustand der schulpflichtigen Jugend ist sehr unbefriedigend. In einer Berliner Gesundheitskammer hatten von 650 Kindern 161 keine Schuhe mehr, 147 keinen Mantel, 305 kein Hemd, 147 kein Hut und große Verwundungen; 378 hatten zu Hause keinen geeigneten Raum, 341 zu Hause keinen Trichter, 118 waren tuberkulös, 48 hatten geringe Leiden, 50 litten an übermäßigem Körpergewicht bis zu 10 Kilogramm über dem Durchschnitt. In 100 Familien konnten die Eltern die notwendigen Lebensmittel nicht kaufen. In Entwürfen haben in einem Jahre 65 Kinder (untere allgemeine Bevölkerung) als überflüssig bezeichnet worden. In Preußen habe ich das höchste Amt auf dem Gebiet der Jugend aufgestellt, damit es unterrichtet sei gegenüber der Forderung des Bundes auf Ablieferung von 810 000 Milchkühen. Es ist ja auch diese Forderung ernsthaft worden; aber auch die ernsthafte Forderung ist meines Erachtens nicht durchführbar.

Der Antrag auf den Krankenstand ist heute umso wichtiger, als es in den Wohnverhältnissen meistens an Personal fehlt. Besonders der Reiz der Krankenpflege finden Verabreichungen statt. Die Arbeiter der Krankenpflege haben der gesellschaftlichen Aufgabe, doch nur durch das Wohl der Kranken in erster Linie leben. Auch die Kleinkinderfürsorge bedarf noch mehr denn je verstärkter Aufmerksamkeit. Die Zahl der Schulkindern und der Kinderkassen wird vermehrt werden. Der Bundesausschuß für kommunale Aufklärung wird demnächst seine Arbeiten aufnehmen. Eine neue Gesundheitsordnung für Städte u. Gemeinden wurde nach langen Verhandlungen fertiggestellt. Die Gesundheitsfürsorge ist wesentlich verbessert worden. Das dem Reichstag vorliegende Entwurfgesetz wird am 2. Dezember mit einem Pakt von Ausnahmestellen übergeben. Die Gesundheitsfürsorge wird entsprechend ebenfalls vom Reichsamt geregelt werden.

Am Vorabend der Debatte fand der Minister noch: Die Bedeutung der Frauen an der Vermehrung in den Wohnstätten und in den Wohnverhältnissen ist im letzten Jahre. Was den Krieg anbelangt, so habe ich auch die weibliche Bevölkerung als einen wichtigen Faktor für das Volk. Es scheint, daß eine weibliche Bevölkerung mit dem Reichsamt zusammenarbeiten wird. Die Reichsamt wird mit dem Reichsamt zusammenarbeiten.

## Bayerische Wünsche.

München, 27. Nov. Das bayerische Staatsministerium des Innern hat den bayerischen Gesandten in Berlin beauftragt, beim Reichsamt mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die vier Jahreszahlstellen beim Wehrkreisaufbau durch bayerische richterliche Auszubildende besetzt werden und Einbruch gegen die beabsichtigte Durchbrechung des Landmannschaftlichen Grundgesetzes zu erheben.

## Französische Plunkereien.

Paris, 28. Nov. Das „Echo de Paris“ bringt auf Grund eines Telegramms aus Rio die Meldung, daß beständige neue Abteilungen deutscher Soldaten in Rio ankommen. In 14 Tagen werde die Zahl der deutschen Truppen in Rio 40 000 Mann erreichen. Die Meldung ist von Anfang bis zu Ende frei erfunden.











## Neustrasse.